

Redebeitrag einer Referentin für Gesundheit des Allgemeinen Studierendenausschusses der Universität Hildesheim auf der Kundgebung „Ob Freital, Heidenau oder Hildesheim - Solidarität mit den Betroffenen rassistischer Gewalt!“ in Hildesheim am 25.08.2015

Ich spreche als Referentin für Gesundheit des Allgemeinen Studierendenausschusses der Universität Hildesheim.

Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen flüchten mussten. Die Kriege, Armut und Folter hinter sich gelassen haben und in ein für sie vermeintlich sicheres Land flohen, so zu behandeln wie es Sonntagnacht hier in Hildesheim geschah, ist erschütternd und grausam. Aber auch ein Bild, wie es zurzeit in ganz Deutschland zu sehen ist. Vergewaltigung, Folter, Krieg, Terror, bewaffnete Konflikte und Ausbeutung sind scheinbar nicht genug:

Manche Menschen sind der Meinung, dass Refugees noch mehr leiden müssten und keinen Frieden verdient hätten, wie zum Beispiel die Täter\*innen von Sonntagnacht.

Wir sind heute hier um dem zu widersprechen: Kein Mensch ist illegal!

Ob in Freital, Heidenau oder Hildesheim: Refugees welcome!

Geflüchtete Menschen haben mit vielfältigen Problemen zu kämpfen. Wenn sie traumatisiert nach Deutschland kommen und Unterstützung dringend benötigen ist es meiner Meinung nach das Mindeste, diese Unterstützung zu gewährleisten. Aber gerade auch im gesundheitlichen Bereich ist die Versorgung katastrophal. Der Handlungsbedarf an frühzeitigen und intensiven medizinischen und psychologischen Behandlungsangeboten ist insgesamt für Frauen, Kinder, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Folteropfer und schwer Traumatisierte extrem hoch. Und es ist auch zu erwarten, dass nahezu alle Refugees tiefgreifende soziale Prozesse der Bedrohung, der Zerstörung und des Verlustes erlitten haben. Bei Verfolgungs- und Fluchtgeschichten, die langwierig und lebensbedrohlich verliefen, kann es allein durch die Dauer der Situation zu einem chronischen Stresserleben kommen. Diese gesundheitlichen Probleme müssen frühzeitig erkannt und behandelt werden!

Die deutschen Asylgesetze und das Gesundheitssystem sind dafür jedoch nicht vorbereitet. Und nach intensiver Betrachtung ist dies scheinbar auch nicht gewollt. Nach umfassenden Reformen in den letzten Monaten im Bereich der Asylpolitik, wurde die gesundheitliche Versorgung gewissenhaft umgangen. Es gibt also keine Besserung und wird es vermutlich auch nicht sehr bald geben. Problematisch angesichts der steigenden Kriege in unserer Welt, die immer mehr Menschen zur Flucht zwingen werden.

Der aktuelle Umgang mit geflüchteten Menschen in unserem Gesundheitssystem ist eher exklusiv als inklusiv und verhindert eine Integration. Alle Medikamente, Untersuchungen, und beispielsweise auch Sehhilfen müssen vom Sozialamt und vom Gesundheitsamt geprüft und

genehmigt werden. Die Genehmigung hierfür dauert oft mehrere Wochen oder Monate. Das ist zeitraubend, zermürend und sehr gefährlich für die Gesundheit. Abgesehen von den üblichen Finanzierungsproblemen, die sich ja durch alle Bereiche in der Arbeit mit geflüchteten Menschen ziehen und den Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern, wer nun was zahlt, ist der Zugang zur Gesundheitsversorgung und das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit, nach dem Sozialpakt Menschenrecht und dürfen daher auch nicht von Deutschland missachtet werden.

Deutschland ist verpflichtet jedem einen diskriminierungsfreien Zugang auch zu gesundheitlicher Versorgung zu gewährleisten. Jedoch ist die Ausgestaltung der Menschenrechte hier ja vielseitig kritisch zu betrachten. Der Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung für geflüchtete Menschen ist oft kompliziert und mit zahlreichen bürokratischen Hürden verbunden. Außerdem bekommen Refugees erst volle medizinische Leistungen, wenn sie einen gesicherten Aufenthaltstitel haben oder wenn sie sich 15 Monate in Deutschland aufhalten. Menschen im Asylverfahren erhalten nur eine medizinische Notversorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Es gibt zwar auch die Möglichkeit, Vorsorgeuntersuchungen für Kinder und Schwangere wahrzunehmen und auch akute Erkrankungen behandeln zu lassen. Aber Erkrankungen, die vermeintlich nicht sofort behandelt werden müssen, werden auch nicht sofort finanziert. Grünenpolitiker\*innen fordern, geflüchtete Menschen als regulär Versicherte in die gesetzliche Krankenversicherung aufzunehmen. Der Bund würde dann einen entsprechenden Zuschuss in die gesetzliche Krankenversicherung zahlen. Dies würde den derzeitigen bürokratischen Aufwand reduzieren und einen solidarischen Umgang mit geflüchteten Menschen ermöglichen. Alles andere bedeutet weitere erhebliche gesundheitliche Einschränkungen und nachfolgende Probleme.

Wir sollten endlich anfangen geflüchtete Menschen auch wie Menschen zu behandeln und ihnen die Inanspruchnahme der Rechte möglich machen, die sie aufgrund vieler völkerrechtlicher Übereinkünfte nunmal haben.

Flucht ist kein Verbrechen! Kein Mensch ist illegal!

Ob in Freital, Heidenau oder Hildesheim:

Say it loud say it clear Refugees are welcome here!